

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 302.

Donnerstag, den 28. Dezember 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Herr Klein und die Gewerkschaften.

Selt Herr Julius Klein der „vorzügliche“ Vertreter der Lübecker Kapitalisteninteressen geworden ist, seit mit einem süßsauren Lächeln der Verleumdung selbst die Angehörigen der fernatsfähigen Kreise ihn als geeignetsten Mann zur Bekämpfung des Lindwurms Sozialdemokratie anerkannt haben, ist ihm nichts peinlicher, als an die Zeit erinnert zu werden, da er auf der äußersten Linken des nationalsozialen Fähnleins gestanden. Gestillt sucht er es zu verdecken, indem er seine „geistigen“ Waffen gegen den „Umsturz“ nicht etwa aus der immerhin reinlichen Kistkammer Naumanns, sondern aus der des Vaters der Spargagne und der Strampelanni holt, also das Verbräuchteste, das sich denken läßt.

Doch — der Mann hat gar zu lange in der buntschillernden Pastorenpolitik gesteckt, er hat mit ihr auch nach der großen nationalsozialen Pleite noch jahrelang in der zähen Freisinnsmasse Sauerkeit gespielt, als daß ihm es gelänge, seine bessere Vergangenheit auch für sach- und menschenkundige Leute zu „verschleiern“. Weit bitter als seinen Hintermännern, den armen Scharfmacherteufeln, die die „sozial“ angehauchte Blige in der politischen Not gefressen haben, lieb ist, vergaloppiert er sich in die abgestreisten Anschauungen, durch die sich einst die um Naumann und Damaskus vom übrigen Bürgertum und damit auch vom früheren Liberalismus unterschieden. Auf den Gesichtern seiner Patrone malt sich dann immer ein unbezahlbares Verlegenheitslächeln. Manchmal liest man deutlich: „Na, da haben wir uns was Schönes aufgepackt!“ Aber — was hilft's? Man hat um des Mandats willen Alles gesagt, nun muß man auch zum Bewerber B sagen und alle Widerspruchsgelüste stumm hinunterschlucken.

Eine der für einen Kandidaten des libischen Bürgertums unerhörtesten „Engleisungen“ war es unzweifelhaft, als Herr Klein, um inneren Zwist in der organisierten Arbeiterschaft zu schüren, die so unendlich „segenreichen“ Gewerkschaften gegen die „unfruchtbare“ Sozialdemokratie auszuspielen beliebte. Die Arbeiter merken natürlich die edle Absicht, ohne verstimmt zu werden. Sie lächelten über diesen löcherlichen Versuch mit untauglichen Mitteln an einem untauglichen Objekt. Ihnen kann in dieser Hinsicht ein Liberaler nichts erzählen, sintemalen sie allzeit „mitten drin“ gestanden haben, und stehen!

Aber die Unternehmer?! Die tagenbaren Herren, die mit Ansehen und viel Geld den Kandidaten halten, wie mag denen zumute werden bei solchen rollenwidrigen Seitensprüngen ihres Bevollmächtigten? Ihnen, die, so weit ihre und unsere Erinnerung reicht, ehrliche, unerbittliche und unbelehrbare Hasser aller gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter waren, und aus diesem Hass auch nie ein Hehl machten?

Wer die Geschichte der Lübecker Gewerkschaften kennt, der weiß, daß sie eine ununterbrochene Reihe der allerschwersten, von den besten klassenstaatlichen Begleitersehnungen umgebenen Kämpfe gegen ein absolut verständnislos den berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiter gegenüberstehendes Herrenmenschtum darstellt. Nur wenige Städte des Deutschen Reiches haben so erbitterte Formen des modernen Klassenkampfes kennen gelernt, wie die kleinste der drei Hansestädte. Und nirgends hat die bürgerliche Justiz eine so unheilvolle Rolle im Klassenkampf gespielt, wie gerade in Lübeck!

Es war eine Zeitslang, als hätte man sich hier mit allen Mächten verschworen, die Gewerkschaften, koste es, was es wolle, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Und der geringste Anlaß wurde benutzt, ihnen das Leben sauer zu machen. Selbst vor offensichtlicher Mißachtung der Reichsgewalt scheute man nicht zurück, um seinen Zweck zu erreichen. Das famose libische Streikpostenverbot wird ja wohl auch aus der Erinnerung eines Klein nicht verschwunden sein.

Wenn also in Lübeck die Gewerkschaften so segensreich gewirkt haben, daß selbst ein mischmachliberaler Reichstagskandidat es zugeben muß — sei es auch nur um eines zeitlichen politischen Vorteils willen — so ist das sicher nicht das Verdienst derjenigen, in deren Auftrag und Interesse der Herr Kehle und Lunge strapaziert.

Sie haben wirklich mit einem einer bessern Sache würdigen Feuereifer alles getan, um diesen so notwendigen Segen von den libischen Arbeitern fernzuhalten. Um ganz minimaler Forderungen willen haben sie viele Wochen und Monate lang streiken lassen, haben an ihrer Stelle moralisch minderwertiges Volk eingeschleppt, um sie zu zwingen, zu Kreuz zu kriechen, haben die schwarzen Listen mit unerreichter Rücksichtslosigkeit gehandhabt, haben ausgesperrt ohne Sinn und ohne Maß, und haben um Bagatellen willen Streikurteile gefällt, die jedem fühlenden Menschen das Blut in den Adern siedeln machen müssen. Um eines heftigen Wortes willen hat man unbescholtene Leute auf Monate hinter Kerkermauern gesperrt, um unbedeutender Kaufereien willen, nach denen im gewöhnlichen Leben kein Hahn kräht, Familienväter jahrelang den Thron entrisen! Fast zwei Jahrzehnte lang ging dies Spiel bürgerlich-„liberaler“ Gewerkschafts„förderung“!

Und die gesamte Presse, wie sie gebaekt ist, überbot sich in giftigster, niederträchtigster Heze gegen alle und jegliche gewerkschaftliche Tätigkeit! Was immer an Infamien in reichsverbändlerischen und geistesverwandten Verleumdungen ausgeheckt wurde zur Verunglimpfung der segensreichen gewerkschaftlichen Kulturarbeit, das fand in den bürgerlichen Zeitungen, die heute das Lob Julius Kleins mit beiden Backen blasen, freundliche Aufnahme. Jeder Schwindel ward behaglich breitgetreten, jeder Versuch, Uneinigkeit in die Reihen der Gewerkschaftler zu tragen, fand verständnisvolle Unterstützung, jeder wurmfästige Bursche, dem der gewerkschaftliche Boden zu heiß geworden, liebevolle Aufnahme und unentgeltliche Reklame. Und zum Zuchttausgesetz schrieb man wie besessen Hurra! Ganz im Sinne und nach dem Wunsche des „liberalen“ Unternehmertums!

Mag das Lob, das Herr Klein den Gewerkschaften spendet, aufrichtig gemeint sein oder nicht — ihm gegenüber ist Vorsicht auch in solchem Falle sehr am Plage! — soweit die Gewerkschaften in Lübeck segensreich zu wirken vermochten, taten sie es trotz der bürgerlichen Klasse und im Kampfe gegen den Widerstand der bürgerlichen Klasse! Und Unterstützung, uneigennützig, rückhaltlos, wirksame Unterstützung fanden sie einzig und allein bei der Sozialdemokratie und ihren Vertretern! Vor allem aber auch bei der sozialdemokratischen Presse, die ihre ehrenvolle Pflicht allzeit darin sah, den Bedrängten und Verfolgten ihren Schutz und Beistand zu gewähren, und sich in diesem Tun auch durch die härtesten Opfer nicht beirren ließ, die man ihr darum auferlegte!

Es ist schon dagewesen, daß bürgerliche Gegner der Sozialdemokratie aus sozialer Einsicht heraus die Gewerkschaften gefördert haben. In Lübeck war das noch nie der Fall! Was hier die Gewerkschaften errungen haben, verdanken sie ausschließlich der eigenen Kraft, dem einigen, zielbewußten, opferwilligen Wirken der Tausende in sozialdemokratischer Erziehung geschulten Proletarier, die nicht locker ließen, bis auch die hartnäckigsten Lübecker Patrizier sich bequemen, nachzugeben, zu verhandeln, anzuerkennen und zu bewilligen. Und wenn heute die Kämpfe vielfach der Vereinbarung, dem Tarif, weichen, den sogar Herr Klein auf dem Programmpapier hat, wenn die Justiz langsam dem Volksempfinden um ein paar Schritte wenigstens sich zu nähern bemüht, kurzum, wenn trotz aller direkten und indirekten Zurücksetzung der Einfluß der Massen sich immer deutlicher bemerkbar macht, dann sind daran die Kreise, die Herr Klein vertritt und die ihn, der Not gehorchend, nicht dem eignen Trieb, zum Thronpräbendenten erkoren, auch nicht mit einem Gedanken, geschweige denn mit einer Tat schuldig, dann ist es restlos das Verdienst der Sozialdemokratie, die man heute — unglücklich, aber wahr! — in einen Gegensatz zu all dem bringen möchte, was ihre Anhänger unter unglücklichen Mühen und beispiellosen Opfern allen feindlichen Gewalten zum Trotz aufgebaut haben!

Herr Julius Klein — die Spekulation ist verfehlt! Geben Sie sich ja keine Mühe! Die Lübecker Arbeiter wissen ganz genau, wie Ihre Hintermänner über das Koalitionsrecht und seine schändliche Frucht, die Gewerkschaften, denken. Sie wissen aus jahrzehntelanger bitterer Erfahrung, daß die ehrenwerten Herren,

die sich für Sie so sehr abmühen, daß sie Ihnen sogar das ganz programmwidrige Lob der Gewerkschaften verzeihen, obgleich sie doch so sehr viel lieber etwas über „künstliche Erregung der Unzufriedenheit“, über „Vergeudung von Arbeitergroschen“, über „frivole Streiks“ und „gewissenlose Arbeiterführer“ gehört hätten, daß die Lübecker Industriellen und Großhandelsherren lieber heute, als morgen nach dem Beispiel ihrer Hamburger Standesgenossen dem Koalitionsrecht an den Krage gehen und die Gewerkschaften erwürgen möchten! Sie wissen ganz genau, daß wenn man nicht in jenen Regionen immer noch der vagen Hoffnung lebte, mit einem „unbeschriebenen Blatt“ — dafür hält man naiverweise Sie, Herr Klein! — die Sünden der Vergangenheit zu verdecken und den Kreis der Sozialdemokratie zu entreißen, man keinen Augenblick zaudern würde, brutal Farbe zu bekennen und unbekümmert um den sozialen Kleinkram den Kreuzzug gegen die „segenreichen“ Gewerkschaften zu predigen. Sie wissen, daß Klein nur die mit frommen Wibern bemalte Scheibe ist, hinter der die Henker des Koalitionsrechts und die Mörder der Gewerkschaften mit ihren Stricken und Dolchen sich verstecken! Die Lübecker Arbeiter haben es verlernt, sich auf solche Art ein X für ein U vorzumachen zu lassen!

Der sicherste Schutz der segensreichen Gewerkschaften ist eine starke Sozialdemokratie! Kein Gewerkschaftler Lübecks wird anders als sozialdemokratisch wählen! Sein Kandidat ist nicht der dilettantenhafte über Gewerkschaften schwätzende Kandidat der Gewerkschaftsfeinde, sondern der in jahrelanger mühsamer Gewerkschaftsarbeit ergraute, mit allen Einzelheiten des Gewerkschaftslebens innig verwachsene Gewerkschaftler

Theodor Schwarz!

Die Reichstagswahl.

Der Notizrei nach den Nichtwählern

wird von der „Magdeburger Zeitung“ ausgestoßen, der um ihren „liberalen“ Robekt furchtbar bange ist. Das Blatt schreibt, daß infolge des Mangels einer „zündenden Wahparole die Riesenpartei der Nichtwähler in noch nicht dagewesener Stärke den Urnen fernbleiben werde. . . Die einzige Wahparole, die immer zugkräftig bleibt und von allen befolgt zu werden verdient, ist die wider die Sozialdemokratie.“

Wenn die Sozialdemokratie vollste Freiheit für den Kampf aller politischen Parteien fordert, damit die Indifferenten, die Nichtwähler zu politisch interessierten Staatsbürgern werden — wer tritt ihr stets mit der Regierung hindernd in den Weg? Die um die „Magdeburger Zeitung“, die Nationalliberalen, Freikonservativen usw. Aber selten hat noch ein Wahlkampf eine so zündende Parole gehabt, wie dieser, nämlich: Wider Sunkerherrschaft, wider Volksverdummung, wider Volksausbeutung und Volksaus-hungernung! Und dann, so hoffen wir, werden die Wähler diesmal Wähler und nicht Nichtwähler sein! Ob damit die „Magdeburger Zeitung“ und ihre Gefinnungsgenossen zufrieden sein werden, ist die Frage. Das stärkste Argument für ausreichenden Einfluß der Arbeiterklasse ist ja gerade ihr politisches Interesse. Die Leute, die erst der Regierungsbüttel mit Parolen von oben zur Urne peitschen soll, die werden das Vaterland nicht von der unerträglichen Fremdherrschaft der Sunker und Heiligen befreien!

Wählen die Postunterbeamten rot?

Die antisemitische „Staatsbürgerzeitung“ erklärte letzthin, daß die Unterbeamten, vornehmlich die der Postverwaltung, fast durchweg einen roten Stimmentzettel abgeben, ohne deshalb sozialdemokratisch zu sein. Die Schuld an diesem Zustand wurde von dem antisemitischen Blatt der Postverwaltung und ihrer mangelnden sozialen Fürsorge zugeschrieben. Darauf antwortet nun die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß die erste Behauptung der „Staatsbürgerzeitung“ eine schwere Verunglimpfung und Beleidigung des ehrenwerten Standes der Unterbeamten sei; die Ausführungen der „Staatsbürgerzeitung“ beweisen aber auch eine völlige Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, da die Postunterbeamten nicht ungünstiger gestellt seien, als alle anderen Unterbeamten der Reichs- und preussischen Ressorts. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zieht aber daraus nicht die logische Folgerung, daß dann eben nicht nur die

Postämtern, sondern auch ihre Kollegen der anderen Verwaltungen rote Stimmzettel abgeben. Daß man die freie Ausübung des geheimen Wahlrechts als eine Herabsetzung des ehrenwerten Standes der Unterbeamten" hinstellt, wird die Unterbeamten noch nicht dazu bestimmen, die Lenkungs-politik der Zollwächter und ihrer Verbündeten zu unterstützen und die Gelüste der Arbeiterfeinde nach einer Auflösung des Koalitionsregles durch Abgabe schwarz-blauer Stimmzettel zu er-möglichen!

Antifemitenmoral.

Behrens Parteigenossen gebührt das Verdienst, in diesem Wahlkampf mit der Hereinzerrung privater Dinge angefangen zu haben. Die Antifemiten benutzten die Kenntnis eines irrtümlich in ihre Hände geratenen Schreibens zuerst dazu, den Bauernbündlerkandidaten Hefstermann wegen einer angeblichen „Eriolenaffäre“ zum stillen Rücktritt von seiner Kandidatur zu nötigen. Nachdem ihnen das mißlang, ergaben sie sich in anonymen Andeu-tungen und Drohungen, anstatt sofort mit Beweismaterial herauszurücken. Die Ankündigung, nach der Wahl da-mit herauszukommen, durchschaut man. Wie ekelhaft ist das doch, mit solchen Mitteln die „gute Sache“, nämlich das selbsterregte Mandat Liebermann v. Sonnenbergs retten zu wollen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Auf dem Wege zur Miliz.

Der reichsverbändlerische Generalmajor z. V. von Gersdorff tritt in der „Post“ warm dafür ein, die Ersatzreserve wieder militärisch auszubilden, weil es ein unhaltbarer Zustand sei, daß alljährlich 90 000 militärtaugliche Leute nicht ausgebildet werden können. Der eifrige Reichsverbändler schlägt für die Ersatzreserve eine Ausbil-dungszeit von 90 Tagen und zwei Übungen von 42 und 28 Tagen vor. In ähnlicher Weise wurde die Ersatz-reserve bis zum Jahre 1887 ausgebildet, nur daß damals die Ausbildungszeit nur 70 Tage betrug, woran sich dann zwei Übungen von 6 und 4 Wochen schlossen. Die dritte Übung fiel stets in die Zeit der Manöver und die Ersatz-reservisten wurden auf die einzelnen Kompagnien verteilt, in deren Verband sie das Manöver mitzumachen hatten. Durch die Annahme der großen Militärvorlage im Jahre 1887 fiel die Ausbildung der Ersatzreserve weg, weil die neue Militärvorlage die Mittel der Steuerzahler so ge-waltig in Anspruch nahm, daß man nicht auch noch die Ausbildung der Ersatzreserve in der damals üblichen Weise vornehmen konnte. Die Ersatzreservisten sind aller-dings niemals zu Paradevolontären ausge-bildet worden, Kenner der Verhältnisse äußerten sich jedoch sehr günstig über die selbstmäßigen Leistungen dieses Teiles der deutschen Truppen.

Der Reichsverbändler v. Gersdorff ahnt allerdings, daß sein Vorschlag von den Freunden des Milizsystems fruchtlos wird, und dem glaubt er dadurch vor-beugen zu können, daß er die feste Versicherung abgibt, nicht auf dem Boden des Milizsystems zu stehen. Gleich-wohl drängt die ganze Entwicklung dahin, daß eine Verkürzung der Dienstzeit eintreten muß, wenn die rund 90 000 Mann, die Deutschland jährlich als Über-schuß an Militärlauglichen aufzuweisen hat, überhaupt aus-gebildet werden sollen. Der Vorschlag des Generals von Gersdorff deckt sich in der Tat mit dem Gedanken des Milizsystems, und es ist ein Streik um Worte, wenn der General versucht, dies abzuleugnen. Wenn aber ein Teil der deutschen Truppen in 160 Tagen das lernen kann, was zur selbstmäßigen Ausbildung nötig ist, dann ist wirklich nicht einzusehen, weshalb der andere, weit stärkere Teil der Truppen zu diesem Zwecke zwei Jahre in der Kaserne festgehalten werden soll.

Wie man „loyale Untertanen“ erzieht.

Anläßlich des letzten oberrheinischen Zuverlässigkeitstugles kam es zu einem Konflikt zwischen dem Brigade-kommandeur von Mühlhausen i. E., Generalmajor Schmundt, und dem Gemeinderat, der in einer Reso-lution gegen das unduldbare Vorgehen der Militär-behörde protestierte. Nun ist der General — avanciert und zwar zum Kommandeur der 5. Gardeinfanterie-brigade.

Bedürftige Admiralflecken.

Im neuen Marine-Etat werden nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ zwei neue Admiralflecken geordert, sobald dann vierzehn Vizeadmiral- und zwanzig Konteradmiralflecken etabliert sein werden. Dazu wird dem „Berl. Tagebl.“ von marinesachverständlicher Seite geschrieben: „Diese Stellenvermehrungen der Admirale müssen bedenkl ich hoch erscheinen... Schon jetzt seien von den Konter-admiralen zwei seit dem Herbst d. Ss. ohne direkte Verwendung...“ Wir schwimmen bekanntlich im Gelde!

Söpfisches Marokko-Nachspiel.

Wilhelm II. hat Herrn v. Kiderlen-Waechter die „Brillanten zum Orden Adlerorden 1. Klasse“ ver-lassen. Das ist eine umso deutlichere Sanktionie-rung der Kongozipielpolitik, als ja auch Reichmann schon ausgezeichnet wurde, wenn auch nur mit einer Baie zum Geburtslande. Des Kronprinzen Kund-gebung für den Herdenbrandigen „Wahnpatriotismus“ hat nicht den rechten Zeitpunkt erwählt. Darum ist aber für die Kriegspartei noch nicht aller Tage Abend gekommen, und das Volk wird weiterhin noch mehr als bisher für die Aufrechterhaltung des Friedens sorgen müssen.

Der nationale Kalifskandal

wird gegenwärtig wieder in den Vordergrund gerückt durch zwei wirtschaftliche Tatsachen, die beweisen, wie durch die staatliche Begünstigung der Kartellbildung in der Kaliindustrie die heimische Landwirtschaft, die auf den künstlichen Kalidünger angewiesen ist, um gewaltige Summen reich wird, ohne daß allerdings der Bund der Landwirtschaft, der sonst stets gegen die Kartelle loszu-

dönern verstand, seine Stimme erheben würde. Das kann indessen umföweniger wundert werden, als ja be-kanntlich die agrarische Hauptorganisation an die Landwirte gewaltige Profite zahlt, die sich in Wahrheit als nichts anderes darstellen, denn als die Deckung der agrarischen Agitationskosten durch die Beihilfe des Staates und aus den Taschen der gesamten Bevölkerung. Das Kalisyndikat ermöglicht der deutschen Kali-industrie, den Kalidünger in Deutsch-land um 50 Prozent teurer zu ver-kaufen, als dies sonst der Fall sein würde. Die Gruben-Abscherleben und Sollstied haben den Waggon Kalinit nach Amerika für 89 Mark geliefert, während der einheimische Landwirt dafür 136 Mk. bezahlen muß. Für fünfzigprozentiges Düngesalz beträgt der Unterschied etwa 150 Mk. und für Chloralkalium 646 Mk. für den Waggon zu ungunsten der deutschen Landwirtschaft. Diese enormen Preise, deren Einhaltung unter hohe Vertragsstrafen gestellt ist, wurden festgesetzt, weil der Bund der Landwirte einige Kaligruben von milderer Ertragsfähigkeit befreit, für die so hohe Preise eine Er-stennotwendigkeit sind. Die Überschüsse des Kalisyndikats sind so hoch, daß z. B. die deutsche Landwirtschafts-gesellschaft im Jahre 1908 vom Kalisyndikat an Absatz-provisionen 431 000 Mk. erhielt und der rein politische Bund der Landwirte im gleichen Jahre 168 633 Mark. Da nun alle Landwirte ohne Unterschied ihres wirtschaftlichen und politischen Glaubensbekenntnisses die gleichen hohen Kalipreise zahlen müssen, werden sie alle zur Förderung der Agitation des Bundes der Landwirte gezwungen, die bekanntlich nur die Interessen des Großgrundbesitzes und allen-falls der größten bäuerlichen Besitzler vertritt.

Zum deutsch-japanischen Handelsvertrag

wird amtlich gemeldet: Nachdem der Reichstag dem vom Bundesrat mit Wirkung vom 17. Juli d. S. in Kraft ge-setzten neuen deutsch-japanischen Handelsvertrag seine Zu-stimmung erteilt hat, sind zwischen dem Auswärtigen Amt und der hiesigen japanischen Botschaft Noten ausgetauscht worden, denen zufolge beide Regierungen von dem Recht, den Vertrag und das zugehörige Zollabkommen zum 31. Dezember 1912 zu kündigen, keinen Ge-brauch machen werden.

Kleine politische Nachrichten.

Die „Nambara-Post“ vom 2. Dezember meldet: „Für weitere Landpachtungen auf zwei Jahre ges-perrt wird der Klimandiara.“ — Die Maßregel wird mit dem Hinweise begründet, daß auch noch für nachfolgende Anstiedler Land übrig bleiben müsse. — Heeresvermehrung ist auch ohne Wehrverein mög-lich. Nach einer jetzt veröffentlichten Kabinettsordre wird im Jahre 1912 beim 1. und 8. Armeekorps je eine Kavallerie-Division aufgestellt. — Der Vorstand der Ver-einigung preussischer Pfarrervereine hatte sich beschwerdeführend über den verantwortlichen Schriftleiter der Postener Lehrzeitung, Lehrer Lange in Posen, an den Kultusminister gewandt, weil das von Lange ge-leitete Blatt das Vorgehen des Kasseler Pfarrervereins, der es mit der Standeswürde der Geistlichen als un-ver-einbar bezeichnet hatte, wenn Geistliche als Orts-schulinspektoren einem seminaristisch gebildeten Kreis-schulinspektor unterstellt würden, scharf kritisiert hatte. Auf die Beschwerde hat dem Vorstand der preussischen Pfarrervereine der Kulturminister jetzt ge-antwortet, daß „das Erforderliche“ veranlaßt werde. Soll wohl heißen eine den geistlichen Wünschen entsprechende Bestrafung des Lehrers, der es wagte, Staatsrecht über Kirchenmachgelüste zu stellen. — In Elsaß-Lothringen sind bisher drei Landtagsmandate kassiert, darunter eins wegen schwerwiegender Beeinflussung durch die Geistlichkeit. Eine solche wurde auch bei zwei weiteren Zentrumsmandaten festgestellt, doch war der Stimmenabzug für eine Kassierung nicht aus-reichend. — Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Washington haben sich amerikanische und kanadische Kapitalisten vereinigt, um in Brasilien ein großes Kintfleisch-Produktions-Unternehmen für die Ausfuhr nach Europa zu gründen; sie sollen sich bereits 9 Millionen Acres Weideland gesichert haben. Über Deutschlands gesperrte Grenzen wird man wohl ein-tweil das brasilianische Fleisch so wenig passieren lassen, wie das argentinische.

Spanien.

Kolonialschmerzen. Afrika macht den Spaniern, wie gestern bereits kurz gemeldet, plötzlich großen Kummer. Aus Madrid wird gemeldet: Gegenstand aller Erörterungen bildet die am 23. Dezember begonnene dreitägige Schlacht am Rert, die den Spaniern insgesamt 31 Tote, darunter ein Oberleutnant, und 100 Ver-wundete kostete. Aus der Tatsache, daß die Angreifer teilweise aus der Gegend von Tazza und Sez kamen und von dort anscheinend Waffenzufuhr erhielten, wird hier all-gemein auf eine französische Aufreizung behufs Schwächung der spanischen Position bei den Verhandlungen geschlossen. Doch erklärte Canalejas heute, er habe dem vor Monatsfrist mit den Mauren geschlossenen Frieden nie getraut, sodas der jetzige neue Vorstoß ohne fremde Beeinflussung erklärlich sei. Nach einem Telegramm des Generals Aguilera dauerte der Kampf am Rert am Montag auf der ganzen Linie fort, wobei die Spanier 3 Tote und 30 Verwundete hatten. Von Ceuta gingen 2000 Mann nach Melilla ab.

Nach Blättermeldungen aus Madrid wird der Ge-samtverlust der Spanier in dem Gefecht von Laurigar auf 22 Tote, darunter ein Oberleutnant, ein Hauptmann und zwei Leutnants, sowie auf 47 Verwundete angegeben. Wie versichert wird, ist bei den letzten Kämpfen gegen die Spanier der Führer der feindlichen Harka, Kiffain el Rizzian, schwer verwundet worden. — Ein amtliches Telegramm aus Melilla besagt, daß am Dienstag bei Tagesanbruch fünf Kolonnen gleichzeitig die Kiffinte angegriffen haben, die sich nach sehr heftigem Widerstande auf die andere Seite des Rertflusses zurückziehen mußten. Die Eingeborenen haben sehr große Verluste erlitten und ihre Lotten, Waffen und Munition im Stich gelassen. Auf spanischer Seite wurden

ein Major, drei Hauptleute und 3 Soldaten verwundet und zwei Sol-daten getötet.

Persien.

Blutige Ereignisse haben sich abgespielt, wei-schlimmer, als es nach den gestrigen Nachrichten den An-schein hatte. Danach hatten die Russen in den Kämpfen bei Tabris 150 Tote und Verwundete. Das Ministerium des Äußeren hat noch keine genauen Angaben über die Verlustziffer, gibt aber zu, daß in Anbetracht der allgemeinen Lage die Verluste bedeutend sein können. Die allgemeine Annahme ist, daß die Ersatzgruppen recht-zeitig in Tabris eintreffen werden. Ein Teil wird in Automobilzügen befördert. Dem kaukasischen Statthalter ist Befehl gegeben worden, eine Truppenzahl abzu-kommandieren, die genügend ist, um jeglichen Widerstand in kürzester Zeit zu brechen. Der Generalkonsul Miller in Tabris ist auf seinem Posten verblieben. Die russische Regierung hält nach wie vor die persische Regie-rung für nicht verantwortlich, wird aber eine strenge Bestrafung der Fidsais selbständig vornehmen. Die Stimmung in Petersburg ist im allgemeinen ruhig, da ein schneller Sieg der russi-schen Waffen erwartet wird und Komplikationen mit anderen Mächten im Momente jedenfalls nicht be-fürchtet werden. — Weitere Petersburger Nachrichten lau-ten: Die Nachrichten aus Persien treffen spärlich und ver-spätet ein. Die Verluste der russischen Trup-pen bei Tabris sind bedeutende. Die Perser ver-füchten in Tabris über vier Kanonen. Da sie nicht mit der Artillerie umzugehen verstanden, wurde durch das Ge-schützfeuer den Russen nur geringer Schaden zugefügt. Die Geldsummen der Russisch-Persischen Diskontobank scheiner-gerechert zu sein. In Enseli sind nach den ersten Über-fällen keine weiteren Angriffe erfolgt, in Tabris ist je-doch die Lage äußerst ernst. Man hofft, daß die ersten Verstärkungen bereits eingetroffen sind und die russi-schen Truppen sich bis zum Eintreffen der Hauptmasse der Verstärkungen halten werden. Der Kommandeur der russi-schen Abteilung in Tabris, Oberst Schaplin, berichtet, daß der Straßenkampf sehr schwierig war und jedes Haus einzeln genommen werden mußte. Die Hauptrolle auf persischer Seite spielten kaukasische Flüchtlinge und Emigranten. Die russische Abteilung in Tabris wurde vom Konsulat und der Russisch-Persischen Bank abgeschnitten.

In London aus Tabris eingelaufene Nachrichten besagen, daß dem Gouverneur eine Besprechung mit den Russen unmöglich sei. Diese beherrschten die Straßen mit Artillerie und lehten einen Waffenstillstand ab. Die Russen sollen nach diesen Meldungen so furchtbare Greuel begangen haben, daß der Korrespondent sie vorläufig nicht mitteilen will. Neber 500 Männer, Frauen und Kinder sollen kalten Blutes massakriert worden sein. Die Russen leugnen das natürlich. Be-schönigend sagen sie, wenn in vereinzelt Fällen Un-schuldige ums Leben gekommen seien, so hätte sich das nur während der Beschiesung der deu-tsch-russischen Lager benachbarten Häuser ereignen können, von denen aus russische Truppenabteilungen beschossen wurden, was Verluste auf beiden Seiten zur Folge hatte. Der Kommandant der Abteilungen hätte Männer, Kinder und Frauen aus den Häusern herauskommen lassen und ihnen bis zum Weichbild von Bagischemal sicheres Geleit gegeben zum Standort des russischen Lagers, von wo sie mit Hilfe von friedlichen Einwohnern und mit Begleitmannschaft russischer Truppen in die Stadt gebracht worden seien. Bei dieser Gelegenheit sei ein russischer Offizier, Fürst Wakhwakow, der mit der Aus-führung dieser Anordnung beauftragt war, verräte-rischer Weise getötet.

Weiter wird berichtet: Eine in das Gebäude des Generalgouverneurs in Tabris eingedrungene Volksmenge beschimpfte und mißhandelte dessen Stellvertreter, den Prinzen Amenulla Mirza und zerriß die Flaggen auf dem Endschu-mengebäude unter Verwünschungen auf die Demo-kraten und die Konstitution. Prinz Amenulla hat sich in das englische Konsulat geflüchtet. Der russische Gene-ralkonsul hat vom Gouverneur von Tabris und dem Oberkonsul, die sich zu ihm begeben hatten, um Ver-handlungen anzuknüpfen, die Bedingung gestellt, daß vor dem Beginn irgendwelcher Verhandlungen eine all-gemeine Entwaffnung durchgeführt werden solle. Auf Maueranschlägen wird jetzt zur sofortigen Aus-lieferung aller Waffen an den Gouverneur auf-gefordert.

Die Kämpfe in und um Tabris dauern fort. Das 5. Schützen-Regiment mit Artillerie bahnte sich unter Gefechten den Weg nach Bagischemal, um sich mit dem russischen Detachement zu vereinigen. Gegen Sonnenuntergang war gestern lebhaftes Geschütz- und Gewehrfeuer hörbar. Die Schützen-Kom-pagnien trafen im Automobil von Dschulfa ein.

Der Hauptleiter der Bewegung der Fidsai, der Revolutionär Amir Rhichmet, ist in der Richtung auf das Karadshadagebirge entflohen. Außerdem sind ins-gesamt etwa 200 Kaukasier und Fidsai nach dem Karad-shadagebirge und nach anderen Richtungen geflohen; sie wollen wahrscheinlich über die russische Grenze ge-langen.

Die russische Regierung wird natürlich blutige Ra-che nehmen und daneben ihrem Landerwerbssinn die Fingel schiefen lassen. Sie entsandte zunächst zwei Straf- Expeditionen nach Persien. Eine soll die anarchistischen Elemente in Tabris bestrafen, die zweite die Ordnung im Reich und Enseli wiederherstellen. Die Leiter der beiden Expeditionen besitzen die größten Vollmachten. Das Expe-ditionskorps wird übermorgen in Tabris konzentriert. Unter den Maßregeln, die getroffen werden, werden be-sonders folgende genannt: Verhaftung aller russischen und persischen Untertanen, die an dem Angriff auf die russi-schen Truppen teilgenommen haben, und deren Ab-urteilung nach dem Kriegsrecht, Entwaffnung der Fidsai und anderer aufrührerischer Elemente unter den Eingeborenen, Zerstückung der dem Widerstande dienenden Plätze sowie alle Maßnahmen, die sich als zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Bestrafung der Schuldigen notwendig erweisen sollten.

Sämtliche Restbestände

in

Damen- u. Kinder-Konfektion

zu Spottpreisen.

Ganz besonders vorteilhaft:

Farbige u. schwarze Jacken u. Paletots.

Damen-Paletots

in den modernsten Stoffen und neuesten Formen.

5.00 7.95 9.75 11.75 13.50 16.00 M. usw.

Schwarze Frauen-Paletots

12.00 17.00 19.00 23.00 25.00 M. usw.

Couleurte Kostüm-Röcke

2.95 4.95 6.75 8.00 9.75 12.00 14.00 M. usw.

Schwarze Kostüm-Röcke

2.95 6.75 9.75 12.00 14.00 16.00 M. usw.

Blusen

hervorragende Auswahl, 1.95 2.95 3.95 4.95 5.95 M. usw.

Ein Posten

Kinder-Kostüm-Röcke

2.50 2.95 3.50 M.

Kinderkleider. Kinderjaeken.

Rote Rabattmarken oder 4 Prozent in bar.

Gebrüder **Barg**, Kohlmarkt 5.
Fernsprecher 1739.

EUTIN und Umgegend.

Große öffentliche Volksversammlung

am Sonnabend, 30. Dezember 1911, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale von Paul Schröder.

Tag-Ordn.: Die bevorstehende Reichstagswahl.

Referent: Oldenburgischer Landtagsabgeordn. A. Schulz, Rüstringen.

2. Freie uneingeschränkte Diskussion.

Zu dieser hochwichtigen Versammlung sind alle Einwohner Eutins und Umgegend, Männer wie Frauen, freundlichst eingeladen. Ferner sind zu dieser Versammlung die Herren Dr. Stöber und Althorn schriftlich eingeladen.

Das Sozialdemokratische Wahlkomitee.

J. M.: Max Borchert.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck,
Distrikt Kücknitz.

Einladung zum

Wintervergnügen

verbunden mit theatralischen Auf-
führungen

am 1. Januar 1912

(Neujahrstag)

im Lokale des Herrn Dieckel-

mann, Kücknitz.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 75 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Dame 20 Pfg.

Die umliegenden Distrikte sind

freundlich eingeladen.

Das Komitee.

Neues Stadttheater.

Freitag, 29. Dezember. 7 1/2 Uhr.

Doll.-Ab. 87. Freitag-Ab. 15.

Hoffmanns Erzählungen.

Oper von Jacques Offenbach.

Sonnabend, 30. Dez. Nachm. 3 Uhr.

Bei ermäßigten Preisen!

Prinzessin Herzlieb

Weihnachtsmärchen v. Gruppe-Vorher

Sonnabend, 30. Dezember. 8 Uhr.

Doll.-Ab. 88. Außer Sonnab.-Ab.

Bei kleinen Preisen!

Die Logenbrüder.

Schwank von Laufs u. Kraus.

Sonntag, 31. Dezbr. (Silvester)

Abends 7 Uhr.

Außer Doll.- u. Tages-Abonnem.

Bei Mittel-Preisen!

Bunter Abend.

Die verehrl. Abonnenten werden

höfl. ersucht, die 3. Abonn.-Rate

vor Donnerst. 28. Dezbr., bis

inkl. Sonnab. 30. Dezbr., gegen

Empfangnahme der Abonn.-Karten

in der Theater-Kassiererei von 10 bis

1 Uhr u. 5 bis 7 Uhr einzubringen.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Mit dem neuen Jahre

verlegen wir unsere

Warenabgabestelle 1

von der Fleischhauerstraße nach der

Königstraße 113, Ecke Aegidienstraße.

Die Verlegung dieser, unserer ältesten Abgabestelle war notwendig, da die bisherigen, wohl manchem Mitgliede lieb gewordenen Räume den Ansprüchen zur glatten Erledigung des steigenden Umsatzes nicht mehr genügten.

Im neuen Heim bieten wir unseren Mitgliedern eine geräumige, freundliche Warenabgabestelle und dürfen wohl hoffen, daß unsere Mitglieder bestrebt sein werden, durch Gewinnung neuer Mitglieder für ständige Vergrößerung des Umsatzes tätig zu sein.

Der Vorstand.

Große öffentliche

Volks-Versammlungen

finden statt:

Wulfsdorf: Freitag, den 29. Dezember, abends 8 Uhr
im Restaurant Lüth.

Referent: Reichstagskandidat Theodor Schwartz.

Trems-Vorwerk: Sonnabend, 30. Dezbr., abends 8 Uhr
im Restaurant Singelmann.

Referent: Reichstagskandidat Theodor Schwartz.

Israelsdorf: Sonnabend, 30. Dezember, abends 8 Uhr,
im Kaffeehaus Wiese.

Referent: Parteisekretär W. Bromme.

Schretstaken: Sonntag, d. 31. Dezember, nachm. 4 Uhr
im Lokale des Herrn Kaltwasser zu Klein-Schretstaken.

Referent: Arbeitersekretär F. Mehrlein.

Schönhöcken: Mittwoch, den 3. Januar, abends 8 Uhr
im „Steinrader Baum“.

Referent: Reichstagskandidat Theodor Schwartz.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die bevorstehende Reichstagswahl.

Reichstagswähler! Arbeiter! Erscheint vollzählig in diesen Versammlungen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Sozialdemokratischer Verein.

Einladung zur

Silvester-Feier

bestehend in **Ball** und **Festrede** unseres Reichstagskandidaten **Theodor Schwartz**

am Sonntag, dem 31. Dezember 1911

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.

Kassenöffnung 6 Uhr.

Anfang 7 Uhr.

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Karten im Vorverkauf im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Expedition des „Lübecker Volksboten“, Carl Wittfoot, Huxstr. 18

Fr. Lender, Huxstraße, G. Ehlers, Huxstraße 110 und H. Grevesmühl, „Restaurant zur Traube“, Depernau.

Einer recht zahlreichen Beteiligung der Mitglieder sieht entgegen

Das Komitee.

Das Wahlbureau der sozialdemokratischen Partei für den Wahlkreis Lübeck

Johannisstraße 50, Telephon 225,
ist werktäglich ununterbrochen von 8 Uhr
morgens bis 10 Uhr abends geöffnet.
Son- und Feiertags
vormittags von 9 bis 1 Uhr.

Die Wahlbewegung in Pommern und Westpreußen.

Ungeheuer schwierig ist der Kampf, den unsere Genossen in den 14 Wahlkreisen der agrarischen Provinz Pommern zu führen haben. Die Junker führen hier noch ihr selbstherrliches Regiment. Schwindet auch im allgemeinen ihr Ansehen immer mehr — das zeigt sich bei allen Wahlen — so haben sie doch auf dem platten Lande die wirtschaftliche Macht, und die amtlichen Organe stehen ganz unter ihrem Einfluß.

Gerade der letzte Umstand ist es, der unsere Agitation sehr erschwert. Versammlungsräume werden uns vorenthalten. Gelingt es auch manchmal den einen oder anderen Gastwirt zu gewinnen, so folgt der behördliche Druck auf den Magen sofort: Mit Hilfe des Amtsvorstehers wird das zur Verfügung gestellte Lokal dann meistens wieder entzogen. Bleibt nur noch die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel übrig. Aber auch hiergegen tritt der amtliche Apparat in Tätigkeit. Ein solcher Versammlungsplatz ist entweder räumlich „zu klein“, oder er grenzt an Nachbargrundstücke (!), sodas ein Betreten der Grenze leicht zu einem Konflikt zwischen Besitzer und Versammlungsteilnehmern führen könnte, oder die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche könnte durch den Besuch der Versammlung gefördert werden, oder die Polizei verfügt nicht über genügend Beamte zur Überwachung usw. usw. Aus all diesen Gründen muß natürlich nach Ansicht der Polizeibehörde und des zuständigen Landrats eine sozialdemokratische Versammlung verboten werden. Auch mit den Besitzern der Grundstücke nimmt die fürsorgliche Polizei rechtzeitig Fühlung, sodas sehr häufig zugleich mit der Erlaubnisbescheinigung der Polizei auch die Zurückziehungserklärung des Eigentümers bei dem Einberufer eintrifft.

In den Städten der Provinz ist es nicht viel besser. Industrie ist nur in wenigen Orten vorhanden, in den meisten dominiert das Kleinbürgertum. Industrie mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung ist nur in den beiden Nachbarkreisen Stettin und Randow-Greifenhagen und in Uckermünde-Ulseedom-Wollin anzutreffen. Auch hier arbeiten die Behörden gegen uns mit allerhand Schikanen. Unsere Genossen sind deshalb gezwungen, gegnerische Versammlungen aufzusuchen. Da zeigt sich aber, daß die Liberalen häufig weit engherziger sind, als die Konservativen. Während letztere sehr häufig unbeschränkte Redefreiheit gewähren, stellen die Liberalen uns meistens eine Viertelstunde zur Verfügung.

John Wells.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(Schluß.)

„Das kann ich Euch vielleicht besorgen,“ sprach Wells fest, der seinen Keller zurückschob und vom Tisch aufstand. „Ich habe mir die Sache überlegt, Mawler, habe die Fenz und das Feld angesehen, wie ich vom Fluß herüberkam, habe die Kinder nach Euch gefragt, und — doch das gehört nicht hierher. Was ich aber erfahren, hat mir gezeigt, daß Ihr ein braver, rechtschaffener Mann seid, der auf Farm und Haus gesehen und für die Familie, in der Ihr Euch eingewohnt, auch gesorgt hat. Ich selber fühle recht gut, daß ich gegen mein Weib wenigstens nicht so gehandelt habe, wie ein Mann hätte handeln sollen, der ihr vor dem Friedensrichter nun einmal gelobt hat, daß er bei ihr aushalten wolle in Freud und Leid. Sie fühlt sich wohl jetzt bei Euch, und die Kinder — sind auch mit Euch zufrieden. Ich selber — unterwegs hatte ich mir die Sache freilich anders ausgemalt, aber — 's ist auch so gut, ich selber gehöre nicht mehr hierher — für die Leute vom Fourche la save bin ich tot, für Euch will ich ebenfalls sein. Bleibt, wo Ihr seid, behandelt mir die Wetzey und die Kinder gut, und — aber was braucht's da langer Worte?“ brach er kurz und rasch ab — „Gott behüte Dich, Wetzey — good bye, John — good bye, Jim! Haltet Euch wacker und folgt Eurem neuen Vater so gut, wie Ihr früher dem alten gefolgt seid. — Komm, Schneider — wir beide nehmen den alten Pfad noch einmal auf.“

Sein Gesicht war, während er die Worte sprach, kalt und regungslos geblieben; keine Muskel zuckte dabei, aber auch jeder Blutstropfen hatte es verlassen, und Mawler, der ihn scharf dabei beobachtete, sah, wie es in ihm arbeitete und wühlte. Als aber die Frau sich ihm an die Brust warf und ihn hat, sie nicht wieder zu verlassen, — nicht so von seinen Kindern zu gehen, und der Mann sie leise, aber fest von sich schob und nach seiner Büchse griff, trat Mawler in die Tür und ließ dem Jäger entgegenstellend, sagte er freundlich, aber fest:

„Galt, Wells, damit wird's nichts; auch ich habe mir in der letzten Nacht die Sache hin und her überlegt und bin zu

Die Provinz Pommern entsandte in den verlassenen Reichstag nur einen Sozialdemokraten, den Genossen Alex Runge, und das auch nur für den Zeitraum von anderthalb Jahren. Er wurde an Stelle des verstorbenen liberalen Dr. Welbrück in Uckermünde-Wollin gewählt. Außerdem war Pommern vertreten durch zehn Konservative und durch drei Fortschrittler.

Die Sozialdemokratie hat es mit den Konservativen, den Nationalliberalen und den Fortschrittler als Gegnern zu tun. Die Konservativen arbeiten in der bekannten Art und Weise. Ihre Position wird immer unsicherer. Von ihren zehn Mandaten können sie vielleicht noch Neustettin, Belgard-Damburg, Bülow-Schlame, Stolp-Lauenburg, Greifenberg-Kamin, Raugarb-Regenwalde und Pyritz-Saatzig als Besitztum betrachten. Aber auch hier wird sich sicher eine erhebliche Verschiebung der Stimmzahlen nach links zeigen.

Die Liberalen legen sich diesmal mit aller Macht ins Zeug, um neues Terrain zu erobern. Um eine Stimmenzerplitterung zu vermeiden, haben die Fortschrittler und die Nationalliberalen ein Wahlbündnis geschlossen. Neben einer umfangreichen Hausagitation werden von den Liberalen zahlreiche Versammlungen abgehalten, in denen jedesmal ein ganzer Stab von Rednern auftritt. Bornehmlich werden die Beamten und die Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereiner mobil gemacht. In Stralsund ist jetzt im H.-D. Gewerksverein eine Sektion für Land- und Forstarbeiter mit einem besonderen Sekretär gegründet worden. Mit Hilfe der Sektion glauben die Liberalen auch die Landarbeiter für ihre Kandidaten gewinnen zu können.

Unsere Genossen arbeiten in den 14 Kreisen, als gelte es sie bei der nächsten Wahl allesamt zu erobern. Der Wahlkreis Stettin war bereits von 1893 bis 1898 und von 1903 bis 1906 sozialdemokratisch vertreten. Bei der letzten Wahl unterlagen wir den Liberalen mit rund 2800 Stimmen Minderheit. Um das Mandat bewarben sich neben unserem Genossen Vogtherr der liberale Landtagsabgeordnete Lippmann und der deutsch-nationale Handlungsgehilfe Walz für die Konservativen. Während die Konservativen nicht weiter in Frage kommen, dürfte mit den Liberalen ein ziemlich harter Kampf auszufechten sein. Das Geld des Hausabundes ist ihnen sicher; Herr Kieffer hat sich selbst nach Stettin bemüht, um zu beteuern, daß der Bund die Sozialdemokratie mit aller Schärfe bekämpfen wird. Auch die Beamten werden für den Fortschritt mobil gemacht. Die Chancen der Sozialdemokratie sind dadurch beeinträchtigt, daß seit der letzten Wahl viele Arbeiter wegen anderweitiger Beschäftigung verzogen sind.

Randow-Greifenhagen dürfte uns auch wieder zufallen. Genosse Körten war bereits 1903 gewählt. Auch hier sind durch zahlreiche Abwanderungen von Arbeitern die Verhältnisse für uns ungünstiger geworden. In den letzten fünf Jahren ist aber die Parteiorganisation im Kreise so stark geworden, daß mit unserem Siege sicher gerechnet werden kann.

Als ein weiterer Kreis kommt noch Uckermünde-Ulseedom-Wollin für uns in Frage. Der Kreis ist stark industriell. Für die Liberalen kandidiert ein Fabrikbesitzer, unser Kandidat ist der Genosse Runge, der 1910 in der Stichwahl über den Konservativen siegte. Die Liberalen bieten alles auf, um in die Stichwahl zu kommen, denn dann wäre ihr Sieg ziemlich gewiß. Scheiden sie aber aus, dann ist der Kreis wieder unser.

In zwei Kreisen: Rügen-Stralsund und Greifswald-Grimmen ist die Möglichkeit vorhanden, daß wir in Stichwahl gelangen. In allen übrigen

einem festen Entschluß gekommen, von dem mich nichts abbringt. — Ich habe einen Schwur getan, wie Ihr damals dem roten Schurken gegenüber, und — ich will ihn ebenso halten.

„Die Sache hier“, fuhr er nach einer langen Pause, während der ihn die übrigen erwartungsvoll anfaßen, langsam fort und seine Stimme war schwer und heiser geworden, er tat sich Gewalt an zu reden, was sich aber, während er sprach, mehr und mehr gab, bis sein Antlitz einen zwar fest entschlossenen, doch selbst freundlichen Ausdruck annahm — „die Sache hier kann nicht bleiben wie sie ist, das sehen wir alle miteinander ein, und — so wohl und glücklich ich mich bis jetzt mit Eurer Wetzey und den Knaben hier gefühlt habe, wo wir nicht anders glauben konnten, als daß Euch wirklich ein Unglück betroffen habe, so elend müßte mir von nun an zumute sein, wenn ich Euch gesund und wohl, aber durch meine Schuld fern von dem Platz wüßte, der von Gottes und Rechts wegen Eure Heimat ist und es — so weit ich dabei beteiligt bin — bleiben soll.“

„Ihr habt unrecht, Mawler,“ unterbrach ihn Wells.

„Laßt mich ausreden,“ sagte dieser fest und bestimmt. „Ihr, Wells, habt das älteste Unrecht auf Farm und Frau. Ob Ihr recht daran getan, so lange auszuweichen, mögt Ihr mit Eurem Gewissen und Eurer Frau abmachen. Ich aber will nicht länger zwischen Euch stehen; behüte Gott noch weniger, daß ich Euch wieder hinaus in die Welt triebe. Was müßten die Knaben später einmal von mir denken, wenn sie erst zu Verstand kämen? So gehabt Euch wohl, good bye, Wetzey!“ sagte er, der Frau Hand ergreifend und sie derb und herzlich schüttelnd, und es war fast, als ob dem rauhen Manne dabei eine Träne ins Auge trat — „ich danke Euch für die kurze glückliche Zeit, die ich hier verlebte. Good bye, Jungen!“ fuhr er dann, sich rasch an diese wendend, fort, „werdet brave Kerle und macht Eurer Mutter Freude. Lebt wohl, Wells — kein Wort weiter. Ihr könnt mich nicht halten und müßt anderer Leute Schwur ebenso achten, wie Euren eigenen, und nun — mit Gott!“ Und seine Art, die mit festemwahrter Schneide in der Ecke dicht an der Tür lehnte, aufgreifend und umhängend, die Büchse über die Schulter werfend, wandte er sich rasch ab und verließ das Haus, eilte über den schmalen Vorhof, warf sein Pferd los,

Kreisen der Provinz ist an einen Mandatszuwachs nicht zu denken. Die Sozialdemokratie Pommerns ist aber der guten Hoffnung, daß sie Erreichtes behalten, verloren gegangenes Feld wieder erobern und einen beträchtlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben wird.

Westpreußen zählt 13 Wahlkreise. Davon nahmen bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1907 die Konservativen und Reichsparteiler 6, die Nationalliberalen 2, die Freisinnigen 1 und die Polen 4 Kreise in Besitz. Die Sozialdemokratie vermochte, trotz der beispiellosen Hege, den gewonnenen Boden zu behaupten, sie erzielte in der ganzen Provinz 19 925 Stimmen, gegen 20 279 im Jahre 1903. In den beiden Kreisen Ebing-Marienburg und Danzig-Stadt kam sie in Stichwahl.

Die Sozialdemokratie war in der Lage, den jetzigen Wahlkampf ohne Verzug auf der ganzen Linie aufzunehmen. Jeder Kreis hat schon seit Jahren seinen Reichstagskandidaten, großes Gewicht wird darauf gelegt, daß die Kandidaten zu allen organisatorischen und agitatorischen Fragen hinzugezogen werden. Durch dieses System ist erreicht, daß jeder Wahlkreis mindestens einen tüchtigen Redner hat, der im Wahlkampfe zur Verfügung steht. Das will in Westpreußen bei dem chronischen Mangel an Kräften viel sagen.

Die Gegner verteidigen sich gegen das Vorgehen der Sozialdemokratie ohne Ausnahme in rohester Weise. Säle werden abgetrieben; vom Besuch bürgerlicher Versammlungen schließt man die Sozialdemokratie meist schon in der Einladung aus. In allen bürgerlichen Zeitungen erscheinen die bekannten Reichsverbandsartikel. Bedrohungen und Angriffe auf sozialdemokratische Flugblattverbreiter kommen stellenweise vor, wobei Jagdflinten und Kettenhund eine Rolle spielen. Es gibt in Westpreußen noch Wahlkreise, wo auch nicht in einem Ort ein Versammlungslokal aufzutreiben ist. In anderen muß sich die Sozialdemokratie mit völlig unzureichenden Wohnjuben behelfen.

In Ebing-Marienburg, einem heiß umstrittenen Kreis, steht dem Junker v. Oldenburg-Januschau der sogenannte „vaterländische“ Kandidat Schröder gegenüber. Vertreter beider Richtungen arbeiten tüchtig mit Wahlbier. Das große Preisrätsel ist: Wer von beiden wird mit dem Sozialdemokraten in Stichwahl kommen? Die „vaterländische“ Kandidatur hat nur den Zweck, die mit dem extremen Junker Oldenburg unzufriedenen Wähler in der Hauptwahl zu sammeln und dann in der Stichwahl dem Agrarier zuzuführen. Die „vaterländischen“ haben schon die Stichwahlparole ausgegeben: „Lieber den Agrarier, als den Sozialdemokraten.“ Die gleichen Absichten hegt das Zentrum, dessen Kandidat ganz offen erklärt, das Zentrum stelle nur einen Zählkandidaten auf, um die katholischen Arbeiter in der Hauptwahl von dem Abmarsch ins rote Lager abzuhalten. Die Freisinnigen und sonstigen Liberalen stehen im Lager der „vaterländischen“, deren Kandidat im Falle seiner Wahl Hospitant der Reichspartei werden will! Bezeichnend für den Freisinn ist, daß nicht einer seiner Anhänger gegen die reaktionäre Wahlparole Front macht!

In Danzig-Land stehen sich Kandidaten von vier Parteien gegenüber: Sozialdemokraten, Liberale, Reichspartei und Zentrum. Das Zentrum macht gewaltige Anstrengungen, durch eine Arbeiterkandidatur wieder in die Stichwahl zu kommen. Dieser Kreis wurde bei der letzten Wahl in der Stichwahl von dem Reichsparteiler Doerksen gegen das Zentrum gewonnen. Die Liberalen spielen als stärksten Trumpf gegen die Sozialdemokratie aus, daß diese die Republik will.

Es sprang in den Sattel, und seine Gunde rufend, galoppierte er wenige Sekunden später mit klappernden Hufen die Straße hinauf. Noch einmal wandte er den Kopf und schaute zurück — Wetzey stand in der Tür, aber vor Tränen konnte sie ihn schon lange nicht mehr sehen, und in demselben Augenblick war er auch in einer Bewegung der Straße hinter den dichten Wäldern verschwunden.

Und Wells? — Als Mawler das Haus verlassen hatte, stand er eine Weile still und regungslos an derselben Stelle, das Auge fest und nachdenkend auf die weinende Frau geheftet; dann nahm er seine Büchse, die noch in der Ecke lehnte und legte sie auf den alten Platz, auf die Pföde, die zu dem Zweck über der Tür befestigt waren — hing seine Kugeltasche mit dem daran befestigten Pulverhorn daneben, nahm dann eine Ahle und ein paar dünngeschlittene Streifen Leder aus derselben, zog seinen linken Wocassin aus und setzte sich, ohne das Berggange weiter mit einem Wort zu erwähnen, an den Kamin, um etwas an dem Leder auszubessern; ging überhaupt von da an seinen gewohnten Beschäftigungen wieder nach, als ob er seine Farm eben nur, wie er das oft zu tun pflegte, auf ein paar Tage verlassen und bei seiner Rückkehr alles so wiedergefunden habe, wie immer. — Er wäre auch mit der nämlichen Ruhe nach Texas zurückgeritten.

Und die Nachbarn? — Dierzehn Tage wurde in dem ganzen County von weiter nichts gesprochen, als von Wells Wiedererscheinen und Mawlers Verschwinden. Einmal hieß es sogar, Wells habe ihn erschossen und hinter seinem Haus im Garten vergraben, aber Leute aus der Umgegend waren dem Davonreitenden an dem nämlichen Morgen oben an der Fork begegnet und widerlegten die Beschuldigung. — Wells selber fragte niemand darum; er hätte auch niemandem darauf geantwortet.

Ein Jahr später kam einer seiner Nachbarn zu ihm, sagte ihm, daß er selber im Sinne habe, nach Texas auszuwandern, und bat Wells um seine Meinung. Das einzige, was dieser darauf erwiderte, war:

„Texas soll verdammt sein!“

In Danzig-Stadt kämpft die Sozialdemokratie gegen den Freisinnigen, der bisher das Mandat inne hatte. Konservative und Zentrum werden wahrscheinlich zusammengehen. Die Konservativen präsentieren eine „Mittelstundskandidatur“. Das Zentrum hält mit der Bekanntheit seiner Stellung, abgesehen von den Führern schon längst festgelegt ist, noch zurück. Der Danziger Freisinn ist, soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, von den Konservativen nicht zu unterscheiden. Ihm ist die Sozialdemokratie die schrecklichste Gefahr, und sollte sie mit den Schwarzblauen in die Stichwahl kommen, dann ist er ohne Besinnen bereit, den Schnapsblock herauszubringen. Bei der letzten Stadtverordnetenwahl krochen die Freisinnigen, die Konservativen und die Zentrumsleute in einen Angriffsblock gegen die Sozialdemokratie zusammen. Jetzt führen Freisinnige und Konservative in der Presse eine herzerstürende Fehde über die wichtige Frage, wer künftighin der Freisinnige Kandidat Weinhausen, ein Freund Raumanns, oder ein echter konservativer Mann!

Die drei angeführten Kreise sind die wichtigsten für die Sozialdemokratie, aber sie hat auch in den folgenden Wahlkreisen eine große Bedeutung: Stuhm-Marie-nwerder, Rosenberg-Lübau, Grandenz-Strahburg, Thorn-Kulm-Briesen und Schweg. In diesen Kreisen ist die Sozialdemokratie zwischen der deutschen und der polnischen Partei das Ängstlein an der Wage. Die deutschen Parteien setzen alles daran, den Polen in diesen gefährdeten Kreisen Sammelkandidaten entgegenzustellen.

Die Polen leiden unter starker Zerlegung in ihren eigenen Reihen. Noch ist nicht bekannt, welche polnischen Kandidaten in den einzelnen Kreisen aufgestellt werden. Leidenschaftlich und heftig tobt der Kampf zwischen den großpolnischen Agrariern und den polnischen Demokraten. Die Erbitterung der polnischen Arbeiter gegen ihre bisherige Reichstagsfraktion ist so echt und so tief, daß in vielen Orten sozialdemokratische Flugblätter in polnischem Druck mit Substanz aufgenommen werden.

Neustadt-Karthaus gilt als sicherer polnischer Besitz. Der alte Abgeordnete v. Santa-Polczynski ist durch die Angriffe seiner demokratischen Landsleute vor Ärger krank geworden und ausgereicht. Man hätte ihn ohnehin abgesetzt. Als polnische Hochburgen werden noch die Kreise Berend-Stargard und Konig-Tuchel betrachtet.

In Schlochau-Flatow produziert sich neben anderen ein antimilitärischer Kandidat. Der Kreis hat wenig Industrie, aber viele kleine Städte und große Dörfer mit Arbeitern und Kleinbürgern, die der Sozialdemokratie Sympathie entgegenbringen. Gerade in diesen Kreisen können in zahlreichen Orten sozialdemokratische Versammlungen unter freiem Himmel stattfinden. Das ist im Winter wenig angenehm, gibt aber trotzdem vorzügliche Gelegenheiten, Aufklärung über die sozialdemokratischen Ideen zu verbreiten.

Am Kreise Deutsch-Krone werden sich wahrscheinlich die Konservativen und das Zentrum, das sind die beiden stärksten Parteien, darüber verständigen, welche Partei das Mandat erhalten soll. Dafür können Beweise von Gegenseite in Danzig-Stadt und Danzig-Land ausgetauscht werden.

Welche Erfolge die Sozialdemokratie in Westpreußen erringen wird, läßt sich nicht bestimmt sagen. Einstweilen heißt es: Alle verfügbaren Kräfte und Mittel aufs Äußerste anzuspannen und bis zur Erschöpfung tätig sein.

Ein katholischer Arbeiter gegen das Zentrum.

(Franz Behrens ins Stammbuch.)

Wie das „Bohmer Volksblatt“ vom 22. Dezember 1911 mitteilt, ist Herr Schiffer, der bisherige zentrumliche Arbeiterabgeordnete, in Osterfeld i. W. mit seinen Neben auf den Widerstand katholischer Arbeiter gestoßen. Ein solcher Arbeiter stellte zum Ersäumen der Versammlung dem Sinne nach folgende Frage an Schiffer:

„Wie es kommt, daß die Zentrumsparlei für das Wohl aller Stände gestrebt habe, nur nicht für die Arbeiter? Er begründete diese Frage damit, daß das Zentrum für die Beamten Steuerzulagen bewilligt, den Landwirten hohe Zölle verleiht — aber die Arbeiter haben dafür hohe Zölle aufgebracht bekommen. Er werde auch diesmal aus religiösen Rücksichten noch dem Zentrum seine Stimme geben — so könne es aber doch nicht weiter gehen. In der Zentrumsparlei spielen der Großgrundbesitz und das Kapital eine zu große Rolle, was zur Folge habe, daß die Interessen des Arbeiters beiseite gesetzt würden. Kurz vor den Wahlen komme dann irgend ein hoher Herr und halte einen schönen Vortrag, und die Arbeiter dürften dann Beifall klatschen, aber keiner habe den Mut zu sagen, wo ihm der Schuh drückt. Die Arbeiter könnten sich nicht mehr hinreichend ernähren, und klage man sein Leid, dann heiße es: Arbeit und spare! Ja, aber Arbeit und spare mal einer, wo fünf bis sechs Kinder Brot und Kleidung verlangen! Wenn der Vater auch jetzt noch 5 bis 6 Mk. pro Tag verdiene, so werde er ja nicht lange mehr verdienen, weil er sich bei den teuren Zeiten für die schwere Arbeit nicht hinreichend ernähren könne, wenn das so weiter gehe, müßten die katholischen Arbeiter eine Partei gründen, um mit anderen Arbeiterparteien zur Hebung der Lage der Arbeiter gemeinsam vorzugehen.“

Am Vorstandsliche war man über die wichtige Anklage gegen die Zentrumsparlei einig. Die hohen Herren hätten die Köpfe zusammen — atomlose, unheimliche Eulen. Dann erhob sich der ehemalige Arbeiter Kampfschiffer, der die Unversämtheit bezog, diesem Arbeiter entgegenzusetzen, daß er seine Wünsche nicht zu hoch spannen solle. Die Arbeiter müßten sich nicht so leicht

so leicht, man solle doch nicht herkommen und Zerplünderungspolitik treiben! Das war alles, was Herr Schiffer auf diese zerlöchernde, die Zentrumsparlei in Grund und Boden vernichtende Worte des einfachen Zentrumsarbeiters antwortete. Dann zog Schiffer es vor, schleunigst zu verduften; er müsse noch in einer anderen Zentrumsversammlung reden und darum könne er auf die Frage des Vorredners nicht mehr eingehen!

Ebenso wenig Antwort gab ein weiterer Zentrumsagitor, der der Frage damit aus dem Wege zu gehen suchte, indem er den bekannten München-Oldbacher Lügenbeutel über die Sozialdemokratie leerte, und wie ein Rohrschwamm schimpfte. Der Fragesteller aber verlangte bündige Antwort. Da griff der Vorstehende, ein Geistlicher, ein und erklärte, daß bei der Sache doch nichts herauskomme. Dann ließ er darüber abstimmen, ob der Fragesteller noch einmal zu Wort kommen sollte, und — ungläublich — von dieser, größtenteils von Arbeitern besuchten Versammlung erhoben sich ganze fünf Personen. Das ist der Mannesmut der Zentrumsarbeiter. Immerhin dämmert es einem Teil der katholischen Zentrumsanhänger aus Arbeiterkreisen allmählich auf, wie sie vom Zentrum betrogen und betrogen werden.

Der Raubkrieg.

Beide Teile wollen einmal wieder gesiegt haben. Jedenfalls haben an den Weihnachtstagen blutige Kämpfe stattgefunden, bei denen die Italiener offenbar nicht besonders günstig gefahren sind. Wir lassen die sich widersprechenden Meldungen folgen:

Nach einem aus Benghasi in Rom eingetroffenen Funkentelegramm begann der Feind am Montag früh den Vormarsch auf Benghasi. Gegen 10 Uhr vormittags entwickelte sich die feindliche Schlachtlinie in einer Geamistärke von einigen tausend Mann mit Geschützen vor der östlichen Front der italienischen Stellungen. Das bewegte Meer hinderte die Schiffe einzugreifen. Der Feind ging langsam in der Richtung auf Soiat und den Schanzen Nr. 4 und Nr. 3 vor. Als er sich ihnen auf zwei Kilometer genähert hatte, eröffneten die Italiener das Geschützfeuer und brachten den Angriff zum Stillstand. Der Feind hatte bedeutende Verluste und zog sich bei Sonnenuntergang zurück. Die Italiener hatten keine Verluste. In dem Gefecht bei Birtohras hatten die Türken und die Araber zweihundert Tote und Vermundete und zogen sich auf Udzia zurück. Wie italienische Rundschreiber melden, verbreiten die Türken das Gerücht, sie seien Sieger geblieben. In der Nacht vom 22. auf den 23. griff der Feind unter dem Schutze der Dunkelheit und während eines heftigen Unwetters das Blockhaus der Italiener bei Benghasi an, wurde aber mit Verlusten zurückgeschlagen. Die Italiener hatten fünf Leichtverwundete.

Dagegen veröffentlicht das türkische Kriegsministerium folgendes Telegramm des Kommandierenden der türkischen Streitkräfte in Tripolis: Am vorigen Dienstag versuchte ein italienisches Infanterieregiment in Begleitung einiger Gebirgsbatterien gegen unsere Stellungen zu marschieren. Wir legten dem Feinde starken Widerstand entgegen und griffen ihn später heftig an. Die Italiener wurden zum Rückzuge gezwungen und ließen zahlreiche Tote auf dem Schlachtfeld. Auf dem Rückzuge täuschten sich die Feinde in der Richtung und sind von unseren Kämpfern bis zum Morgen in dem sandigen Gelände bis Anzara verfolgt worden. Die italienischen Verluste beziffert sich auf etwa 100 Tote. Wir erbeuteten 200 Gewehre, viel Munition und zahlreiche Kamele. Unsere Verluste betragen nur 10 Tote und 32 Vermundete, unter letzteren ein Offizier.

Ferner gibt das türkische Kriegsministerium eine Depesche bekannt, wonach die Türken und die Araber am 22. Dezember die italienischen Stellungen bei Sobruk angegriffen haben. Es sei gelungen, in die italienischen Verschanzungen einzudringen. Der Kampf habe 12 Stunden gedauert. Die Türken und Araber erbeuteten ein Maschinengewehr und eine Anzahl Gewehre.

Ferner liegen folgende Meldungen vor: Dem „Tempo“ wird von seinem im türkischen Lager befindlichen Kriegskorrespondenten aus Suagha gemeldet, daß durch die zahlreichen Bombardements der italienischen Kriegsschiffe an fast allen Punkten der Küste bis zur tunesischen Grenze keinerlei nennenswerter Schaden angerichtet worden sei. Anfolgedessen sei auch der von den Italienern vielleicht beabsichtigte moralische Eindruck bei den Arabern ausgeblieben. Nur bei der ersten Beschließung von Suagha habe ein Schrapnellgeschloß in einer Gruppe von Flüchtlingen eingeschlagen und drei Frauen und drei Kinder getötet. Seither sind alle Weiber, Kinder und Greise nach dem Innern des Landes geschickt worden. Weiter berichtet der Korrespondent, daß die Italiener bei einem am 16. Dezember unternommenen Versuch, den strategisch nicht unwichtigen Grabtumpel von Sidi Said zu stürmen, sechs Tote darunter einen Offizier, hatten und in die Flucht getrieben worden seien.

Die Türken haben das Fort von Solum der ägyptischen Armee übergeben, ohne daß sich dabei ein Zwischenfall ereignete.

Wie in Konstantinopel berichtet wird, hat die Regierung die Schließung der italienischen Banken und ähnlicher italienischer Unternehmen angeordnet.

Der „Corriere d'Italia“ meldet aus Alexandria: „Bei dem hiesigen Komitee des Roten Halbmonds kam aus der Erenaika eine Kiste mit Dumdumgeschossen an, die von den Italienern benutzt sein sollen, und die die Türken bei ihren angeblichen Siegen eroberten.“

Die Türken melden jedoch einen weiteren Sieg. Der Kriegsminister veröffentlicht offiziell folgendes Telegramm: Am 22. Dezember griffen wir bei Morgengrauen in zwei Kolonnen die feindlichen Besatzungen bei Sobruk an. Die feindlichen Streitkräfte betragen ein Regiment

Infanterie, eine Feldbatterie, eine Maschinengewehrkompanie, eine kleine Abteilung Pioniere und eine Eskadron Kavallerie. Die osmanischen Angreifer erlitten trotz heftigsten Feuers der Verteidiger und von 14 Kriegsschiffen die italienischen Besatzungen, vernichteten die Maschinengewehrkompanie, zerstörten drei Mitrailleusen und eroberten eine vierte, die ins türkische Lager gebracht wurde. Die Infanterie und Kavallerie des Feindes, die ihren Rückzug durch eine zweite Kolonne blockiert sahen, flohen in Auflösung zum Meeresstrand, wobei sie fast die Hälfte ihrer Mannschaften verloren. Der Kampf dauerte bis zum Einbruch der Nacht. Außer der Mitrailleuse wurde viel Munition erobert. Unter den gefallenen Italienern befinden sich drei Offiziere. Wir hatten 7 Tote und einige Vermundete. Unter den Toten befindet sich Scheich Meri. Leutnant Nedisch Effendi hat als erster die Verwundeten erlirmt, die drei Mitrailleusen zerstört und die vierte auf seinem Rücken in das Lager getragen.

Die Revolution in China.

Aus Schanghai wird unter dem 27. gemeldet: Wutingfang und Tangchaonji haben den Vorschlag gemacht, die Entscheidung über die künftige Regierungsform einer besonderen Nationalversammlung zu unterbreiten.

Mit der Ankunft Sunyatsens, des geistigen Oberhauptes der Revolutionäre, macht sich ein neuer bedeutungsvoller Faktor geltend. Man nimmt an, daß er morgen durch die Vertreter von achtzehn Provinzen einstimmig zum Präsidenten der provisorischen Regierung der vereinigten Provinzen Chinas gewählt werden, dann ein Kabinett bilden und eine Proklamation erlassen wird, in der er unter Ignorierung der Verhandlungen zwischen Wutingfang und Tangchaonji den Mandchus und dem Holo seine Bedingungen stellt.

Gewerkschaftsbewegung.

Mafregelungen bei der Berliner Straßenbahngesellschaft. Seit der Lohnbewegung der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn im Sommer d. J. die mit einem Erfolge für die Angestellten endete, wodurch die Gesellschaft jährlich 1400000 Mk. mehr an Gehältern zahlen mußte, war die Direktion mit Hilfe ihrer Zwischenträger schon seit Monaten bestrebt, Uneinigkeit in die Reihen der Angestellten hineinzutragen. Schon längere Zeit hat „Die Straßenbahn“, das Organ der Selben, geschäflige Artikel gegen die freie gewerkschaftliche Organisation losgelassen; sie hat die Direktion förmlich, doch ein Wachtwort zu sprechen. Dieses Wachtwort „Liedlinge“ hat die Direktion endlich erfüllt und am 1. November d. J. 4 Angestellte und zum Feste des Friedens sieben Angestellte, die fünf bis sieben Jahre im Dienste der Gesellschaft zur vollen Zufriedenheit tätig waren, ohne Angabe von Gründen bei sofortiger Diensteinhebung gekündigt. Dienstliche Vorgehen liegen nicht vor; es handelt sich um direkte Maßregelungen. Eine Versammlung der Straßenbahner wird sich am Donnerstag mit dieser Sache beschäftigen.

Lohnbewegung in der Mühlenindustrie. Wieder ist mit einer Großfirma in der Mühlenindustrie ein Tarif abgeschlossen worden, der den Arbeitern nennenswerte Vorteile brachte. Mit der Firma Simons Söhne in Neuh wurde vereinbart, daß die Arbeitszeit für die Mehrzahl des Personals um 20 Minuten bis 2¼ Stunden pro Tag verkürzt wird; einige Gruppen haben eine achtstündige Arbeitszeit, die übrigen 10 Stunden. Die Lohnerhöhung beträgt 3 Mk. bis 6,50 Mk. pro Woche. Die Überstundenarbeiten um 12 bis 30 Pfg. pro Stunde erhöht. Bei militärischen Übungen und in Krankheitsfällen wird 14 Tage lang die Differenz bis zum vollen Lohne bezahlt. Jeder Arbeiter, gleichviel wie lange er im Betriebe ist, erhält jährlich einen Urlaub von einer Woche ohne Lohnabzug. Der Tarifgedanke macht also auch in der Mühlenindustrie Fortschritte, wenn sich auch einzelne Scharfmacher so sehr dagegen sträuben. Die Verhandlung mit dieser Firma stand sehr vorteilhaft gegenüber dem Verhalten des Herrn Hildebrandt in Magdeburg ab, der die Organisation nicht anerkennen will und sich Eingebundene und „Privatwächter“ aus Berlin gegen seine streikenden Arbeiter kommen läßt. Auch mit der Großfirma Blange in Düsseldorf, die den seinerzeit mit dem Brauereis- und Mühlenarbeiterverband getroffenen Friedensbedingungen nicht sinngemäß nachkam, scheinen nun durch neuerliche Vereinbarungen die Differenzen behoben zu sein. In den beiden Betrieben sind 325 beschäftigt.

Eine staatliche Behörde misachtet das Koalitionsrecht. Die preußische Geseßverwaltung hat an diejenigen Automobilwerke, deren Lieferungsverträge auf Armeelieferungen am 1. Januar 1913 ablaufen, eine vertrauliche Rundfrage gerichtet, wieviel Arbeiter beschäftigt werden, ob und in welchen Gewerkschaften dieselben organisiert sind. Diese Nachforschung nach der Organisationsart der in Automobilwerken beschäftigten Arbeiter kann natürlich nur den Zweck haben, diejenigen Firmen, die ihre Arbeiter nicht in die gelben Verbände zwingen können, von Lieferungsverträgen auszuschließen. Das wird sehr leicht bewerkstelligt werden können, ohne den nichtgefügigen Firmen den eigentlichen Grund von ihrer Ausschließung bei Vergebung von Lieferungsverträgen bekannt zu geben. Denn in dem Rundschreiben heißt es weiter: „Sollten sich bei Vergebung von Aufträgen mit einer oder der anderen Firmen Schwierigkeiten wegen der neuen Bedingungen herausstellen, so wäre alsdann die Geseßverwaltung nicht mehr in der Lage, ein Arrangement treffen zu können.“ Die neuen Automobile sollen nämlich auf ein neues Maß gebaut werden. Während für die Höchstbelastung der Hinterachse bisher 5500 Kg. galten, werden als neues Maß 7000 Kg. verlangt, und während die größte Spurweite bisher 1250 mm betrug, soll sie nach neuem Maß 1550 mm betragen. Beschäftigt nun eine Firma nach staatlicher Behördenmeinung zu viel freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, so werden ihr Aufträge auf Grund des neuen Maßes erteilt werden. Das bedeutet aber betriebstechnisch — besonders für kleinere Firmen — eine nicht unbedeutende Schwierigkeit. Wird den unlieb-samen Firmen diese Bedingung gestellt, so werden sie auf die staatlichen Aufträge verzichten müssen. — Außerdem wird an die Automobilwerke das Grunden gerichtet, bei etwaigem Freiwerden von Aufseherposten 2c. Militärarbeitswörter zu berücksichtigen. Es ist doch unerhör, daß eine staatliche Behörde solcherart sich in die Arbeitsverhältnisse der Betriebe und ihrer Arbeiter einmischt. Was geht es die Behörde an, in welcher Gewerkschaft die Arbeiter eines ihrer

